



**Klaus Hoher**  
**Newsletter II/2019**

## Weitsicht fehlt!

## Zur Sache

Das Verkehrsministerium BW hat fünf neue Züge für die Bodenseegürtelbahn geordert, welche bereits diesen Herbst in Betrieb gehen sollen. Die Sache hat nur einen Haken: Die neuen Triebwagen Coradia Lint 54 von Alstom sind lediglich mit Dieselantrieben ausgestattet, obwohl bei Rolls-Royce/MTU in Friedrichshafen das neue MTU Hybrid PowerPack für diesen Triebwagen zur Verfügung stünde.

Coradia Lint 54



Mit der neuen Hybrid-Antriebstechnologie kann nachweislich über 25% Energie eingespart werden, zudem sinkt der Geräuschpegel bei Bahnhofsein- und -ausfahrten erheblich. RR/MTU konnte dies bei Computersimulationen nachweisen.

Auf meine Nachfrage bei RR/MTU wurde mir mitgeteilt, dass bei der Ausschreibung keine Vorgaben für alternative Antriebssysteme vorgesehen waren. Somit wurde wieder eine Chance verpasst die Bodenseegürtelbahn nachhaltig zu erneuern.

Sehr schade, ich hätte mir vom Verkehrsministerium etwas mehr Weitblick gewünscht.

## Neues Wahlkreisbüro bezogen

In einer Rekordbauzeit von weniger als vier Monaten wurde das neue Wahlkreisbüro fertiggestellt. Im Februar begannen die Abbrucharbeiten im Dachgeschoß des Altbestandes, am 28. Mai bezogen wir die neuen Räume.



Das alte Gebäude wurde mit einem Vollgeschoß und Pultdach neu aufgestockt, die komplette Außenfassade wurde mit neuen Fenstern und einem Vollwärmeschutz erneuert und somit auf den neuesten Stand der Energieeinsparverordnung gebracht. Dank neuester Haustechnik samt Photovoltaik wird das Gebäude mehr Energie produzieren als verbrauchen.

Im Innenbereich wurden alle Räume samt Bädern modernisiert und mit Fußbodenheizung ausgestattet. Eine neue Treppe sorgt für bequemen Aufstieg in das Dachgeschoß. Die großzügige Außenanlage umfasst Terrassen und genügend Autostellplätze für Mitarbeiter und Besucher.

Ich danke allen beteiligten Handwerkern und Planern für ihre gute, fristgerechte Arbeit.



Wahlkreisbüro Bodenseekreis

Spießhalden 4

88682 Salem

Tel: 07544 96 79 922

Fax: 07544 96 79 923

Mobil: 0176 57 94 27 45

wahlkreisbuero@fdp-bodensee.de

klaushoher.de

## Naturparks stärker fördern!

Am 5. Juni fand im Plenum eine Aussprache über die Zukunft der Naturparks in Baden-Württemberg statt. Naturparks sind neben Biosphären-Gebieten und Nationalparks die dritte Kategorie für Großschutzgebiete in Baden-Württemberg.

Der von den Grünen finanziell bevorzugte „Nationalpark Schwarzwald“ umfasst nur gut 10.000 Hektar und hat im Haushaltsjahr 2019 Kosten in Höhe von fast 9 Millionen Euro verursacht. Dazu kommt noch der Bau des neuen Besucherzentrums mit rund 50 Millionen Euro Baukosten.

Die sieben Naturparks in Baden-Württemberg haben eine Größe von ca. 1,2 Millionen Hektar, also mehr als ein Drittel der Landesfläche, und erhalten Landesmittel dagegen nur in Höhe von 1,2 Millionen Euro. Nun erklären die sieben Naturparks, dass sie mit den Landesmitteln nicht mehr auskommen, obwohl sie jeden Euro effektiv einsetzen.

In den Naturparks wird die Rolle des Menschen aktiv eingebunden – getreu dem Motto: „Schützen durch Nützen“. Genau diese Ansätze brauchen wir im Zeitalter des Artensterbens. Eine grüne Wildnis-Romantik bringt uns hier nicht weiter. Die Hotspots der Artenvielfalt im Südwesten sind keine Urwälder, sondern von Menschenhand geformte Lebensräume.



Eine maßvolle Erhöhung der Förderung wäre daher absolut vertretbar. Aber wenn es ans Geld verteilen geht, denken die Grünen eben nicht an eine nachhaltige Finanzierung und Artenschutz, sondern nur an ihre Prestigeprojekte.

Schon der damalige NABU Landesvorsitzende Dr. André Baumann warnte 2014 davor, dass das Prestigeprojekt „Nationalpark Schwarzwald“ zulasten des Naturschutzes in der Fläche gehen könnte. Das Traurige ist allerdings, dass der Prophet von damals heute selbst als Staatssekretär an genau dieser Politik mitwirkt.

Wir Freien Demokraten halten deshalb eine maßvolle Erhöhung der Personal- und Sachkostenzuschüsse für die sieben Naturparks für angemessen. Meine Damen und Herren von Grün-Schwarz: Hören Sie auf, Prestigeprojekte zu bevorzugen und statten Sie Schutzgebiete endlich fair aus. Erhöhen Sie die Mittel für die sieben Naturparks!

[Hier geht's zu meiner Rede im Plenum](#)

## Hilfe bei Witterungsschäden in der Landwirtschaft

In der Sitzung am 5. Juni 2019 beriet das Plenum über die Regulierung von Witterungsschäden in der Land- und Forstwirtschaft, die in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben. Die Regulierung der Schäden aus Steuerstundung, günstigen Darlehen und Hilfe aus dem Landeshaushalt ist niemandem mehr zuzumuten.

Ich habe in meiner Rede im Plenum dargestellt, wie die FDP/DVP Fraktion dieses Problem lösen will:





Erstens: Wir fordern die steuerbefreite Risikorücklage für Agrar-Betriebe. Dieser Risiko-Sparstrumpf kann in guten Jahren gefüllt werden und dient als Puffer bei Missernten, ohne den Steuerzahler zu belasten.

Zweitens: Wir fordern die Absenkung der Steuer auf die Risiko-Versicherungen. Es macht keinen Sinn, die Eigenvorsorge steuerlich zu belasten, um dann als Staat im Schadensfall wieder Notgroschen zu verteilen.



Drittens: Wir fordern die Förderung von technischer Vorsorge. Beregnungsanlagen helfen genauso gegen Trockenheit wie gegen Frost. Auch Hagel-schutznetze können Schaden abwenden.

Die Grün-schwarze Landesregierung will jedoch den Weg der direkten Subventionierung von Versicherungsprämien gehen und strebt eine Drittelfinanzierung der Versicherungsprämien an. Ein Drittel trägt der Betrieb, ein Drittel das Land und ein Drittel der Bund. Der Haken dabei ist nur, dass die Bundesregierung schon im September 2018 mitgeteilt hat, keine weiteren Mittel bereit zu stellen.

Ich habe den Eindruck, diese Pläne sind grün-schwarze Ablenkungsmanöver, da man bei der steuerfreien Risikorücklage bisher überhaupt nichts erreicht hat. Ich fordere die Landesregierung daher auf:

Setzen Sie in Berlin endlich die steuerfreie Risikoausgleichsrücklage durch!

[Hier geht's zu meiner Rede im Plenum](#)

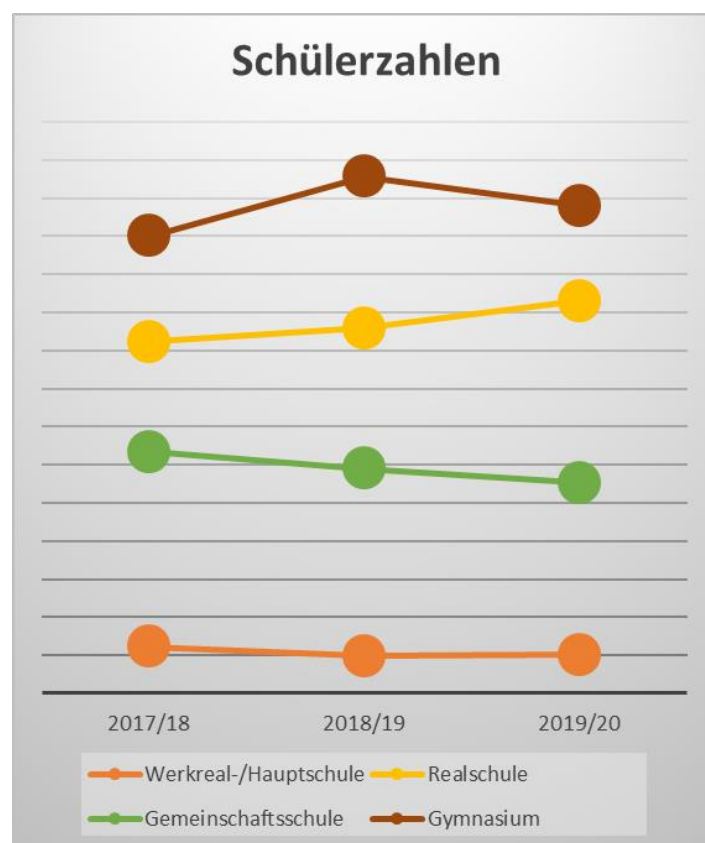
## Anmeldezahlen an Gemeinschaftsschulen sinken weiter!

Mit meiner kleinen Anfrage vom März 2019 hatte ich die Landesregierung zu den Anmeldezahlen der verschiedenen Schularten im Bodenseekreis im Vergleich zu den Vorjahren angefragt. Leider darf ich die Zahlen aus Gründen des Datenschutzes nicht veröffentlichen.

Der Trend jedoch ist unverkennbar: Die Anmeldungen an den Gemeinschaftsschulen nehmen ab, während die Anmeldungen an den Realschulen in gleichem Maße zunehmen. Dieser Trend ist in ganz Baden-Württemberg ähnlich.

Die Stadt Wehr am Hochrhein hat daraus bereits Konsequenzen gezogen: Die erst 2014 eingerichtete Gemeinschaftsschule wird zum Schuljahr 2019/2020 wieder in eine Realschule umgewandelt.

Wir Liberale unterstützen die Schulvielfalt. Wir wollen keine Einheitsschulen, es gibt ja auch keine Einheitsschüler.



Wir lehnen es jedoch ab gut funktionierende Real- und Werkrealschulen aus rein ideologischen Gründen in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln, wie es in den letzten Jahren in vielen Städten und Kommunen von den Grünen vorangetrieben wurde, zum Beispiel in meiner Heimatgemeinde Salem.

Auch in Salem sinken die Anmeldezahlen dramatisch.



Trotz sinkender Anmeldezahlen setzt die grün-schwarze Regierung die Privilegierung der Gemeinschaftsschule fort und setzt mit der geplanten Einführung der gymnasialen Oberstufe noch eins oben drauf.

Damit produziert die Regierung weitere unnötige Kosten und schwächt die seit Jahrzehnten etablierten beruflichen Gymnasien erheblich.

Die abnehmenden Anmeldezahlen an den Gemeinschaftsschulen sprechen hier aber eine andere Sprache. Es ist offensichtlich, dass Eltern und Schüler über die grün-schwarze Bildungspolitik mit Füßen abstimmen.

## Berufsfischer haben weiter zu kämpfen

Die Fangquoten im Bodensee nehmen weiter ab. Wann reagiert hier endlich das zuständige Ministerium? Aus aktuellem Anlass nachstehend Auszüge aus der Pressemitteilung der Internationalen Bevollmächtigtenkonferenz für die Bodenseefischerei (IBKF) vom 19. Juni 2019.

### PRESSEMITTEILUNG

Internationale Bevollmächtigtenkonferenz für die Bodenseefischerei (IBKF)  
Tagung vom 19. Juni 2019 in Überlingen, Baden-Württemberg

#### **Bodensee-Obersee: Berufsfischer haben weiter zu kämpfen**

**Das Fangjahr 2018 liegt mit einer Gesamtfangmenge von lediglich 263 Tonnen nur zwei Tonnen über dem historisch niedrigen Wert von 2015 und reiht sich somit in die zurückliegenden vier Jahre ein, welche durch eine Abfolge von historischen Niedrigerträgen gekennzeichnet waren. Mit nur noch 127 t Felchen wurden die wenigsten Felchen seit Beginn der Statistik im Jahr 1910 gefangen.**

Auf dem Bodensee-Obersee waren 2018 nur noch 79 Berufsfischer tätig, dies ist ein Rückgang um 17 gegenüber dem Vorjahr. Der Strukturwandel setzt sich 2019 fort. Stand Februar sind nur noch 69 Hochseepatente vergeben.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen ist es erklärtes Ziel der IBKF einen artenreichen Fischbestand im Bodensee zu erhalten und nachhaltig zu nutzen. Dafür ist die Zusammenarbeit aller Akteure am Bodensee erforderlich.

#### Impressum

Klaus Hoher  
Wahlkreisbüro Bodenseekreis  
Spießhalden 4  
88682 Salem

Vielen Dank für Ihr Interesse!  
Die nächste Ausgabe des Newsletter III / 2019  
erscheint am 10.10.2019  
Ihr/Euer Klaus Hoher MdL

